

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Holme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlbrück, Königs, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radewormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beilitz, Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 31 Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 84 mm breit 6 Reichspennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 40 Reichspennig — Offertgebühren 10 Reichspennig und Porto.	Halver Samstag, den 6. Februar	Erscheint wöchentlich 6 mal Gratis beilagen „Zeitgeschichte im Wochenbild“ „Landmanns Sonntagsblatt“ „Herb und Scholle“ — und „Für unsere Frauen“ — 1932
---	-----------------------------------	--

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten

Kleine Zeitung für eilige Leser

- * Reichskanzler Brüning wird persönlich in Genf die deutschen Forderungen vertreten.
- * Auf der Chaussee Rathenow—Berlin ist ein Auto mit fünf Berliner Verkehrsdirektoren verunglückt. Ein Staatsanwalt fand den Tod, drei Richter wurden schwer verletzt.
- * Ein heftiges Luftgefecht zwischen Japanern und Chinesen fand über Shanghai statt.

Bernebeller Krieg.

Weiße Mäuse und Delirium antigermanicum — Nebengänge — Wirkung der „Grünen Woche“ — Rings um die Präsidentenwahl.

Nicht nur geographisch ist Genf fast ganz von französischem Gebiet umschlossen —, Genf ist jetzt, trotz oder vielmehr wegen des Völkervertrages, wohl die französischste Stadt der Schweiz. Und heute ist es Genf mehr noch als sonst auch, wenn sich die Vertreter von mehr als fünf Dutzend Staaten in der Stadt an der Rhone und dem Genfer See versammeln. Auch wenn die Schar dieser Delegierten die Kopfzahl eines kriegstarken Regiments erreicht. Auch wenn der Ehrenvorsitzende dieser Abrüstungskonferenz der Schweizer Motta, der Präsident Englands früherer Außenminister Henderson ist —, die „Seele vom Buttergeschäft“, wie der Berliner sagen würde, zum mindesten der Treibstoff in dieser Konferenzmaschine ist doch der französische Kriegsminister Tardieu im Verein mit dem völkerverbund-erfahrenen, konferenz-tüchtigen Paul-Boncour, im Hintergrund der Oberst Fabry, Frankreichs ausgezeichnetster militärischer Sachverständiger mit dem antideutschen „Tid“. Wie andere Leute „weiße Mäuse“ sehen, so tanzen vor Fabrys Augen immer die heimlich-unheimlichen deutschen Rüstungen herum. Er hat das Delirium antigermanicum. Und für die französische Delegation gilt als Richtschnur ihres Handelns und Verhandlungsnatürlich nur das, was in der französischen Note vom 21. Juli als „Abrüstungsprogramm“ für die damals erst allmählich heranrückende Konferenz aufgestellt worden war. Da hieß es zwar formell an zweiter, tatsächlich aber an erster Stelle: „Die Rüstungen dürfen nicht unter die Grenze herabgesetzt werden, die für die nationale Sicherheit notwendig ist“. Ob und wo diese Grenze zu ziehen ist, bestimmt natürlich jeder Staat allein! Das heißt: Scharfe Ablehnung einer einheitlichen, allgemeinen Abrüstung. Außerdem solle jeder Staat genügend stark bewaffnet sein und bleiben, um sich „nach vor Eingreifen des Völkerverbundes“ gegen einen unprovokierten Angriff schützen zu können. Wir haben es ja in der mandschurischen wie in der Shanghai-Frage erlebt, mit welcher geradezu windhundhaften Schnelligkeit die Völkerverbundsdelegierten eingegriffen haben. Auch dieser zweite Satz erledigt also jegliche Forderung nach einer allgemeinen Abrüstung. Und wenn man schließlich noch an den dritten Teil jener Note erinnert, wonach die Abrüstungsbestimmungen der Pariser „Vorortverträge“ von 1919 nicht um einen einzigen Buchstaben verändert werden sollen, aufs strikteste auch künftighin in Geltung bleiben müssen —, wenn man an das Verlangen in dem vierten Teil denkt, daß ein politisches „Sicherheitsystem“ durch Vereinbarung allseitiger und wirksamer Unterstützung geschaffen werden soll, dann hat man ungefähr die Ziele und Richtlinien der französischen „Abrüstungs“-politik in Genf flüchtig.

Daß sich bekanntlich die Weltgeschichte allerhand teils groteske, teils geschmacklose Witze zu machen erlaubt — nur schimmert hinter mancher derartigen Groteske oft ein blutiger Schein —, daß ein solcher Witz sich in dem gleichzeitigen Gegenüberstehen der Abrüstungskonferenz und des chinesisch-japanischen „Konflikts“ ausdrückt, hat aber geradezu unerträglich gewirkt. Auch wenn sich der Witz an diesen Konflikt heranwagt und ihn treffend als einen „bernebellten Krieg“ bezeichnet! Die Angriffe auf Shanghai und die Forts am Jangtse, auf Nanking und morgen vielleicht schon auf andere Orte, die von den Schiffskanonen oder Bombenflugzeugen „erreichbar“ sind — Japan verfügt über 1000 Flugzeuge —, kann man in der Hauptsache wohl als militärische „Diversions“, als Nebengänge ansehen und bezeichnen. Der Hauptangriff hat der Mandschurei gegolten und daher lassen die Japaner in allen jenen „Nebengängen“ mit sich entsprechend den Forderungen Amerikas und der europäischen Großmächte, — aber daß diese sich in die mandschurische Frage einmischen, will Japan nicht dulden; denn sie ist für das japanische Volk und seine Regierung gar keine „Frage“ mehr. Dieses weite, an Naturschätzen überreiche Gebiet soll dem menschenüberfüllten, armen Japan ein „Kolonialland“ werden. Die Japaner haben sich seit zwei Jahrzehnten systematisch hineingeschoben, bis die Mandschurei jetzt als reife Frucht abgepflückt wurde.

Aber selbst wenn die allgemeine Abrüstung durchzuführen wäre und der Kriegsgott wirklich totgeschlagen würde, so ist damit der Krieg doch noch nicht „abgeschafft“, wie unsere Bundesbrüder im Donauland sagen, also aus der Welt „per Schub“ hinausbefördert. Denn der Wirtschaftskrieg fordert ja kaum weniger Opfer als der Krieg mit Kanonen, Bomben und Giftgas. Jener Krieg raft aber heute auf dem ganzen Erdball und jedes Volk wehrt sich seiner Haut, weil es auch hier um Leben und Sterben geht. Und wenn jetzt in der Berliner „Grünen

Deutschland in Genf

Auf in den Kampf!

Der Kanzler reist nach Genf.

Der Reichskanzler fährt am Sonnabend abend nach Genf. In seiner Begleitung befinden sich Staatssekretär von Bülow, Ministerialdirektor Zechlin und Oberregierungsrat Pland.

Die Reihenfolge der am Montag beginnenden grundsätzlichen Erklärungen der Großmächte über die Abrüstungsfrage ist jetzt endlich festgelegt worden. Die französische Abordnung hat erreicht, daß Tardieu seine Erklärung am Montag unmittelbar nach dem englischen Außenminister abgeben wird. Dr. Brüning wird voraussichtlich am Dienstag vormittag nach Tardieu den deutschen Standpunkt darlegen. Er wird gezwungen sein, zu den Ausführungen Tardiens unmittelbar Stellung zu nehmen. Man nimmt daher an, daß die Rede des Kanzlers erst nach der Rede Tardiens fertiggestellt werden wird.

In Konferenzkreisen sieht man der Rede Brünings mit größter Spannung entgegen, da diese Erklärung die Haltung der deutschen Regierung auf der Abrüstungskonferenz grundsätzlichen für die weiteren Verhandlungen festlegen wird.

Das französische Sicherheitsprogramm.

Französischer Vorstoß in Genf.

Tardieu hat Henderson eine Note übermittelt, die in allen Einzelheiten ausgearbeitete Vorschläge Frankreichs für die Organisation der Abrüstung und der Sicherheit enthält.

Diese Note stellt den erwarteten Vorstoß der französischen Regierung in der Richtung der Festlegung der Abrüstungskonferenz auf die Sicherheitsfrage dar und enthält das französische Sicherheitsprogramm. Sie entspricht in großen Linien dem Memorandum, das die französische Regierung am 15. Juli 1931 dem Generalsekretär des Völkerverbundes zur Abrüstungsfrage übermittelte.

Die alten Soldaten fordern gleiches Recht in der Wehrfrage.

Der Kyffhäuserbund zur Abrüstungskonferenz.

Der Kyffhäuserbund hat ein Schreiben an den Reichsminister des Auswärtigen und den Reichswehrminister gerichtet, in dem nochmals auf den vom Deutschen Reichsriegerbund „Kyffhäuser“ geführten Feldzug zur Internationalen Abrüstungskonferenz hingewiesen wird. Der Kyffhäuserbund mit seinen 30 000 Vereinen hat in monatelanger Aufklärungsarbeit der großen Masse unseres Volkes klar gemacht, daß Recht, Freiheit und Sicherheit unseres hartbedrängten deutschen Vaterlandes auf dem Spiele stehen. Die in den letzten Wochen von den Kyffhäuser-Verbänden und Vereinen in allen Teilen des Reiches unter starker Beteiligung aller Schichten der Bevölkerung veranstalteten Versammlungen und Kundgebungen klangen durchweg in einer Enschiedenheit aus, in der einmütig mit Entrüstung die Kriegsschuldfrage erneut zurückgewiesen und gleiches Recht in der Sicherheits- und Wehrfrage gefordert wurde.

Nach gewissenhafter Prüfung der unter genauer Angabe der Teilnehmerzahl eingegangenen Entschlüsse wurden diese von weit über zwölf Millionen deutscher Männer und Frauen anerkannt. Hiermit ist den deutschen Vertretern bei der Abrüstungskonferenz ein Material übergeben, das die Stimmung der alten Soldaten und der Bevölkerung unzweifelhaft wiedergibt.

Das Präsidium der Abrüstungskonferenz.

Die Abrüstungskonferenz wählte in geheimer Abstimmung das Präsidium, das aus dem Präsidenten Henderson und 14 Vizepräsidenten besteht. Abgegeben wurden insgesamt 54 Stimmen.

Zu Vizepräsidenten wurden gewählt die Vertreter von England (53 Stimmen), Frankreich (54 Stimmen), Italien (54), Deutschland (50), der Vereinigten Staaten (52), Schweden (48), Japan (47), Spanien (43), Argentinien (39), Belgien (36), Sowjetrußland (36), Tschechoslowakei (35), Polen (33) und Österreich (32). Gegen Deutschland haben somit von 54 Staaten vier Staaten gestimmt.

Frankreichs neue Sicherheitsvorschläge.

Der französische Kriegsminister Tardieu empfing Freitag abend in Begleitung der gesamten Abordnung die nach Hunderten zählende internationale Presse, um ihr die

Grundlinien der bereits gemeldeten neuen französischen Vorschläge darzulegen. Tardieu erklärte, daß die französische Regierung nach wie vor bereit sei, den vom Abrüstungsausschuß ausgearbeiteten Abkommensentwurf zu unterzeichnen. Die von ihr jetzt eingereichten Vorschläge gingen jedoch über diesen Entwurf weit hinaus und enthielten eine Reihe neuer Anregungen.

Der Vorschlag der französischen Regierung besteht aus einer Einleitung und fünf Teilen. In der Einleitung wird erklärt, im Hinblick auf die gegenwärtigen wirtschaftlichen und moralischen Spannungen und die allgemeine Beunruhigung der Geister sei eine besondere Organisation der Welt dringend notwendig geworden.

Der erste Teil der Vorschläge behandelt die Zivil-Luftfahrt und die Bombengeswader. In diesem Kapitel wird die Internationalisierung der Zivil-Luftfahrt vorgeschlagen. Den Unterzeichnerstaaten des kommenden Abrüstungsabkommens ist der Bau und die Verwendung von Flugzeugen unterhalb noch festzulegender Tonnagen verboten. Gleiche Regeln gelten für Luftschiffe, die im international-jetländischen Dienst verwendet werden. Dem Völkerverbundsrat wird ein Recht auf Beschlagnahme eingeräumt. Ueber die großen Militärflugzeuge aller Staaten mit weiten Aktionsradien wird dem Völkerverbundsrat das völlige Verfügungsrecht zugebilligt.

Die Militärflugzeuge von einer mittleren noch festzulegenden Tonnage bleiben zur Verfügung nur derjenigen Staaten, die sich verpflichtet, sie dem Völkerverbund im Falle eines gemeinsamen Vorgehens zur Verfügung zu stellen. Diejenigen Staaten, die Opfer eines Flugangriffes sind, können jedoch die Gesamtheit ihrer Luftkräften verwenden und werden im Falle eines Angriffes unverzüglich von ihren allgemeinen Verpflichtungen befreit.

Der zweite Teil bestimmt, daß die schwere Artillerie der Großmächte, die Linienfahrzeuge mit Geschützen von über 20,3 Zentimeter oder einer Tonnage von über 10 000 Tonnen und die Unterseeboote von einer noch zu bestimmenden Tonnage nur im Besitze derjenigen Staaten sein dürfen, die gegenüber dem Völkerverbund die Verpflichtung aus Artikel 16 übernehmen. Die Verwendungsart ist wie bei den Flugzeugen.

Der dritte Teil sieht die Schaffung internationaler Polizeikräfte zur Verhütung des Krieges sowie die Schaffung einer besonderen Streitmacht vor, die einem angegriffenen Staat unverzüglich im Falle eines Krieges zu Hilfe kommen muß. Die internationale Polizeimacht steht ständig zur Verfügung des Völkerverbundes, hat freies Durchzugsrecht und darf in Krisenzeiten die Gebiete besetzen, in denen ein Konflikt auszubrechen droht. Frankreich ist bereit, eine gemischte Brigade und eine Division leichter Kriegsschiffe sowie ein gemischtes Geschwader von Jagd- und Bombenflugzeugen hierfür zur Verfügung zu stellen. Das Kommando über die internationalen Polizeikräfte wird vom Völkerverbund bestimmt. Die internationale Streitmacht wird entsprechend der Verwendung in den einzelnen Gebieten aufgestellt, je nachdem, ob es sich um einen Konflikt innerhalb oder außerhalb des in Betracht kommenden Staates handelt. Die französische Regierung ist bereit, ihrerseits auch hierfür Streitkräfte zur Verfügung zu stellen. Für einen Konflikt in Europa, wobei der Angreifer eine gemeinsame Grenze mit Frankreich hat, stellt Frankreich weitere Streitkräfte zur Verfügung, die vom Völkerverbund zu bestimmen sind. Ferner sollen sich die Unterzeichnerstaaten, die über Tanks oder ähnliche Kriegswaffen, über schwere Feldartillerie verfügen, verpflichten, diese dem Völkerverbund für die internationalen Streitkräfte zur Verfügung zu stellen.

Der vierte Teil behandelt den Schutz der zivilen Bevölkerung und sieht vor, daß der Abwurf und die Beschickung mit Zündgasbomben, Gasbomben oder Giftgasbomben verboten sind. Ferner ist vorgesehen, daß eine bestimmte Zone im Falle eines Konfliktes geschaffen wird, über die hinaus weder Bomben abgeworfen werden können, noch Artilleriebeschickung gestattet ist. Jeder Bruch dieser Bestimmungen löst zwangsläufig das Sanktionsverfahren des Artikels 16 des Völkerverbundes aus.

Der fünfte Teil behandelt die Organisation des Friedens. Die Durchführung der in den genannten enthaltenen Maßnahmen schließt die Verpflichtung zur Schiedsgerichtsbarkeit, die Bestimmungen der Angreifergarantie für beschleunigte Entschlüsse, der Anwendung der dem Völkerverbund zur Verfügung stehenden Machtmittel und eine internationale Kontrolle der Rüstungen aller Staaten ein.

Zum Schluß heißt es: Die gegenwärtige Konferenz bietet die einzigartige Gelegenheit, an Stelle eines Völkerverbundes, der durch ihm feindliche Souveränitäten gelähmt ist, eine seine Entscheidungen durchführenden und erzwingenden Völker und zu machen.

Woche“ gezeigt wird, welche riesige Wirtschaftswerte unsere Landwirtschaft erzeugt, wie aber diese Erzeugung noch gewaltig ausgedehnt werden könnte, dann geht allmählich auch den vielen Zehntausenden städtischen Besucher dieser Ausstellung sehr bald auf, was in dem Wirtschaftskrieg, den auch Deutschland um Leben und Sterben führen muß, denn nun eigentlich an ungeheurem Mil- lardenvermögen auf dem Spiele steht. Drinnen und draußen. Daheim und in Genf, wo auch ein vernebelter Krieg tobt. Demgegenüber wird fast klein, was

uns innenpolitisch beschäftigt. Auch hier kann man von einem — vorläufig — „bernebellten Krieg“ sprechen: dem Geplänkel um die Präsidentenwahl. Bald allerdings wird hier dieser künftige Nebel wahn müssen, und wenn auch der Dichter Brentano mal gesagt hat: „Der Teufel ist neutral“, so sollte doch gerade in dem sehr viel notwendigeren, ja allein wichtigen Hinblick auf den Krieg dort draußen jetzt beim Ringen um die Person des künftigen deutschen Reichspräsidenten daheim sich einmal ein Wort Bismarcks nicht wieder, wie bisher immer,

Wie vor dreißig Jahren.

Wirtschaftliche Wochenchau.

Nach der amtlichen Statistik hat sich im Verlauf des Jahres 1931 die industrielle Produktion Deutschlands der Menge nach um etwa 12 Prozent verringert, während ihr Monatswert von rund 7 Milliarden Mark im Jahresdurchschnitt 1928 auf knapp 3,5 Milliarden Mark Ende 1931 zurückgegangen ist. Damit ist die Erzeugung von Produktionsgütern auf den Stand der Jahre 1897/98, die von Verbrauchsgütern auf denjenigen von 1905/06 zurückgeworfen worden. Das ist ein Rückschlag auf die industriellen Produktionsgrößen einer Zeit, in welcher die Bevölkerung Deutschlands im damaligen größeren Reichsgebiet 54 bzw. 60 Millionen betrug, während das an Gebiet verkleinerte Deutschland der Gegenwart mehr als 65 Millionen beherbergt. Gleichzeitig ist aber die industrielle Leistungsfähigkeit dieses auch an Menschenzahl größer gewordenen Deutschlands durch die Technik und den Ausbau der Anlagen ganz außerordentlich gesteigert worden.

In ihrer Gesamtheit wird also die vorhandene Kapazität, die sich auf der Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte und dem Umfang der Produktionseinrichtungen aufbaut, nur noch zu einem Bruchteil ausgenutzt. Wenn fast sechs Millionen Arbeitslose bei den Arbeitsämtern gemeldet waren, so bedeutet dies, daß von je hundert in nicht selbstständigen Berufen Erwerbstätigen achtundzwanzig aus dem Arbeitsprozeß ausgeschaltet sind. Stilllegungen und Einschränkungen der Betriebe sind so weit vorgeschritten, daß für den Durchschnitt aller Produktionsmittelindustrien die Ausnutzung der technischen Kapazität erheblich unter 50 Prozent liegen dürfte. Der Grad der durch die Krise bewirkten Wirtschaftsschrumpfung wird durch nichts greller beleuchtet als durch die Tatsache, daß die industrielle Produktion bis auf einen bereits vor dreißig Jahren erreichten Stand abgesunken ist. Ein derartiges Zurückweichen ist in früheren Krisenperioden nicht zu verzeichnen gewesen.

Die gegenwärtige Lähmung der deutschen Wirtschaft offenbart sich damit als ein Vorgang, der nicht ohne weiteres in das traditionelle Schema des Konjunkturwandels von Aufstieg, Abstieg und neuem Aufstieg einzugliedern ist. Dieser Erkenntnis hat sich auch der Beratende Sonderausschuß in Basel nicht verschlossen, wenn er in seinem Gutachten feststellt, daß die Krise von beispielloser Schwere sei, und daß ihr Umfang zweifellos die „verhältnismäßig kurze Depression“ überschreite, die der Young-Plan im Auge hatte, und für die er die bekannten Aufschubmaßnahmen vorsah. Diesem erst vor zwei Jahren aufgestellten Plan war die Überzeugung zugrunde gelegt, daß Deutschlands wirtschaftlicher Aufstieg höchstens von kurzen Rückschlägen unterbrochen werden könnte, daß im übrigen aber der Weltmarkt und der Anteil Deutschlands an ihm von Jahr zu Jahr weiter wachsen und zugleich damit die Belastung für Deutschland immer weniger fühlbar werden würde. Das genaue Gegenteil ist eingetreten. Der Weltmarkt ist seit 1929 dem Werte nach um beinahe die Hälfte gesunken, wozu allerdings das Absinken der Preise weit mehr beigetragen hat als das der Menge.

Weiter kommt man trotz gewisser Abweichungen bei den verschiedenen Schätzungen im Zusammenzählen der Firmenzusammenbrüche im Durchschnitt zu einer Erhöhung der Insolvenzziffern um annähernd 20 Prozent gegenüber den Ergebnissen von 1930. Eine solche Depressionsentwicklung spiegelt sich natürlich in einer erheblichen Verkehrseinschränkung wider, die dahin geführt hat, daß die Reichspost in ihrem vorläufigen Jahresbericht für 1931 ein Zurückbleiben der Einnahmen hinter dem Etatpost um etwa 150 Millionen Mark angibt und daß die Reichsbahn auf ein Zurückbleiben der Einnahmen hinter den Ausgaben um 500 Millionen Mark rechnet, wobei trotz des Hoover-Moratoriums infolge des Verkehrsrückganges der Anteil der Reparationslast an den Betriebseinnahmen 1931 auf 16,45 Prozent gegenüber nur 12,30 Prozent im Jahre 1929 gestiegen ist.

Stahlhelm für Einbürgerung Hitlers.

Wie die Pressestelle des Stahlhelms mitteilt, herrscht in der Bundesführung des Stahlhelms die einheitliche Auffassung, daß Adolf Hitler, nachdem er vier Jahre im Felde als deutscher Soldat gefochten und für tapferes Verhalten das Eisene Kreuz 1. Klasse bekommen hat, damit ohne weiteres die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen sollte. Bürokratische Auseinandersetzungen seien vom Frontsoldatenstandpunkt aus nicht würdig.

Thüringen und das Staatsbürgerrecht Hitlers.

Das thüringische Kabinett beschäftigte sich mit dem Versuch Fricks, Hitler durch Anstellung im Staatsdienst die thüringische Staatsangehörigkeit zu verleihen. Über den Verlauf der Sitzung wird amtlich bekanntgegeben: „Die Absicht, einem verdienten Frontsoldaten des deutschen Kriegsheeres alle Rechte eines deutschen Staatsbürgers zu geben, betrachtet man als durchaus verständlich. Das Staatsministerium bedauert aber die versteckte und unwürdige Art, mit der seitens des damaligen thüringischen Innenministers die Beamtenstellung Hitlers versucht wurde.“

Zudem habe das Vorgehen Dr. Fricks einem ausdrücklichen am 15. April 1930 gelegentlich der Beantwortung einer kleinen Anfrage im Weissen Dr. Fricks gefaßten Beschluß widersprochen, wonach die Staatsregierung nicht die Absicht habe, Adolf Hitler den Erwerb der thüringischen Staatsangehörigkeit dadurch zu ermöglichen, daß sie ihn pro forma als thüringischen Staatsbeamten anstelle. Unter Umgehung der bei der Anstellungssperre geltenden Bestimmungen seien die zuständigen Stellen nicht hinzugezogen worden.

Zwei Beamte seien durch das von Dr. Frick aufgelegte strenge Schweigegebot in schwerste Konflikte mit ihren Amtspflichten verwickelt worden. Da ohne genaue Aufklärung der Angelegenheit und ohne die Stellungnahme Dr. Fricks Zweifel darüber entstanden seien, ob die Anstellung rechtsgültig und damit Hitler deutscher Staatsangehöriger geworden sei, habe es der zuständige Minister für seine Pflicht gehalten, alsbald nach der zufälligen Aufdeckung der Angelegenheit der Reichsregierung Kenntnis von den Vorgängen im einzelnen zu geben, um so mehr, als die Einbürgerung Hitlers nicht nur als eine thüringische, sondern vielmehr als eine deutsche An-

Vor neuen Notverordnungen

Vor wichtigen finanzpolitischen Entscheidungen.

Das preussische Defizit. — Die neue Osthilfe.

Das Reichskabinett wird sich in der nächsten Zeit mit einer Reihe wichtiger finanzpolitischer Fragen zu befassen haben. So laufen noch immer Verhandlungen zwischen Preußen und dem Reich über die Möglichkeiten einer Abdeckung des preussischen Defizits. Bisher konnte eine Einigung nicht erzielt werden. Es besteht aber die Möglichkeit, daß, falls sich Preußen und das Reich über den Übergang der Majorität der Rentenbank an das Reich einigen, auch diese Materie in einer Notverordnung geregelt wird.

Ferner beschäftigt sich das Reichskabinett mit der neuen Osthilfeverordnung, deren Entwurf inzwischen fertiggestellt worden ist. Es hat sich ergeben, daß nicht der Weg über die Industriekonten, wie zeitweilig vorgeschlagen wurde, sondern über die Rentenbank eingeschlagen werden soll. Dieses würde ebenfalls eine neue Notverordnung erforderlich machen.

Im Zusammenhang mit Mitteilungen des württembergischen Finanzministers über eine neue Notverordnung ist in einem Teil der Presse die Auffassung aufgekommen, als ob die landwirtschaftliche Einkommensteuer erst später in Kraft treten solle. Diese Auffassung ist, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, unrichtig. Die landwirtschaftliche Einkommensteuer, die eine Befreiung von der Einkommensteuer für die ersten 6000 Mark vorsieht, sei praktisch bereits seit dem 1. Juli 1931 in Kraft. Offenbar handele es sich um eine Ver-

gelegenheit angesehen werden müsse und in der Tagespresse in der letzten Zeit immer mehr die allgemeine politische Bedeutung der Frage der Einbürgerung Hitlers erörtert worden sei.

Die Staatsregierung ist einstimmig der Auffassung, daß kein Anlaß vorliegt, gegen die beiden beteiligten Beamten ein Disziplinarverfahren einzuleiten.

Der Gegenwart.

Ein Streiten, große Zwierrat, wie nie zuvor
Bedrücken das deutsche Vaterland.
Ist es Wahnsinn? Ja, so kann nur sein der Tor.
Wer kennt noch schaffen, Hand in Hand.
Bergeffen ist deutsche Einigkeit,
Die tritt und siegte trotz Friedensvertrag.
Nach diesem doch kam das große Leid.
Soll denn nun alles werden brach?
So sind die Zeiten undenkbar schlecht.
Wer kann uns helfen, will uns stützen?
Die deutsche Liebe, schlicht und echt,
Ist da und nahe, weil wir sie besitzen.
Dum wollen wir uns stärken an diesem Triebe,
Der verkennt liegt, mit Unrat bedeckt;
Denn nie war größer die deutsche Liebe,
Wenn überzeugend sie wurde gewekt.
So geht auch jetzt ein großes Raunen
Durch's deutsche Volk, Hindenburg!
Wieder fehlt es an Einheit, zum Erstaunen.
Doch sein Name klingt stärker durch.
Du Vater des Vaterlandes!
Dich müssen wir haben noch lange Zeit,
Nie wieder blüht eines Helben Gewandes,
Wenn Deutsche Dir gäben das Abschiedsleid.
Laßt sein das Streiten, räumt damit auf;
Einigkeit bestimmt den deutschen Lauf!
Mit Hindenburg an der Spitze, unserm Eckhard,
Kommt aufwärtsstrebend durch die trübe Gegenwart
Deutschland.

Italiens Abrüstungsstandpunkt.

Verwerfung der französischen Sicherheitshefte.

Im halbamtlichen „Giornale d'Italia“ wird der italienische Standpunkt zur Abrüstungskonferenz deutlich auseinandergesetzt. Der Inhalt der Artikel zusammen dürfte den Richtlinien entsprechen, die Mussolini der italienischen Abordnung nach Genf erteilt hat. Drei Hauptfragen werden unterschieden: Soll abgerüstet werden? Welche Methode ist für die Abrüstung anzuwenden? Welcher Rüstungsstand ist für jedes Land festzusetzen?

Die erste Frage wird bejahend beantwortet. Italien sieht die Notwendigkeit der Abrüstung dreifach begründet: 1. durch die Verträge. Für alle Unterzeichner der Friedensverträge und der Völkerbundsatzungen besteht also eine juristische und moralische Verpflichtung zur Abrüstung. 2. Durch die Wirtschaft- und Finanzkrise seien die militärischen Ausgaben der 27 meistgerüsteten Länder der Welt gegenüber der Vorkriegszeit um das Eineinhalbfache gestiegen. Das Ende des Wettrüstens würde die Bereitstellung von Mitteln für wichtigere Bedürfnisse der Völker ermöglichen. 3. Durch die aus der Abrüstung erfolgende Rückkehr des Vertrauens.

Italien verwirft die französische These: erst Sicherheit, dann Abrüstung und sieht die Sicherheit als Folge der Abrüstung und des Schiedsgerichtswesens an.

Zu den technischen Fragen, zu der Abrüstungsmethode und der Feststellung der Rüstungsstände wird daran erinnert, daß der Abrüstungsentwurf von den Deutschen abgelehnt wurde, weil er der Forderung nach Gleichheit nicht entspreche. Mussolini habe bereits erklärt, daß die Gleichheit der Methode eine notwendige Voraussetzung für jeden weiteren internationalen Beschluß in Sachen der Abrüstung bedeute. Italien beabsichtige, die Abrüstung bis zur äußersten möglichen Grenze durchzudrücken auf der Grundlage der Gleichheit der Kräfte, weil daraus vor allem eine wirkliche Bürgschaft für ein ruhiges Verhältnis der Völker untereinander folge. Italien vertrete die Notwendigkeit, vor allem die Lösung derjenigen Probleme in Angriff zu nehmen, die all-

wechslung mit dem Inkrafttreten der Rahmenbestimmungen über die Grund- und Gewerbesteuer. Hierzu liegen Anträge verschiedener Länder vor, den Zeitpunkt für das Inkrafttreten dieser Steuern noch über den 1. April hinaus zu verlängern.

Aufhebung der preussischen Sparnotverordnung abgelehnt.

Der Hauptausschuß des Preussischen Landtages beendete die Aussprache über die zu der letzten preussischen Sparnotverordnung vorliegenden Anträge der einzelnen Parteien.

In den umfangreichen Abstimmungen wurden die Anträge auf Aufhebung der Sparnotverordnung mit 15 Stimmen der Regierungsparteien gegen 13 Stimmen der Opposition bei Enthaltung der Wirtschaftspartei abgelehnt. Der Ablehnung verfielen auch alle Anträge über die pädagogischen Akademien. Es bleibt also bei der Schließung von neun pädagogischen Akademien.

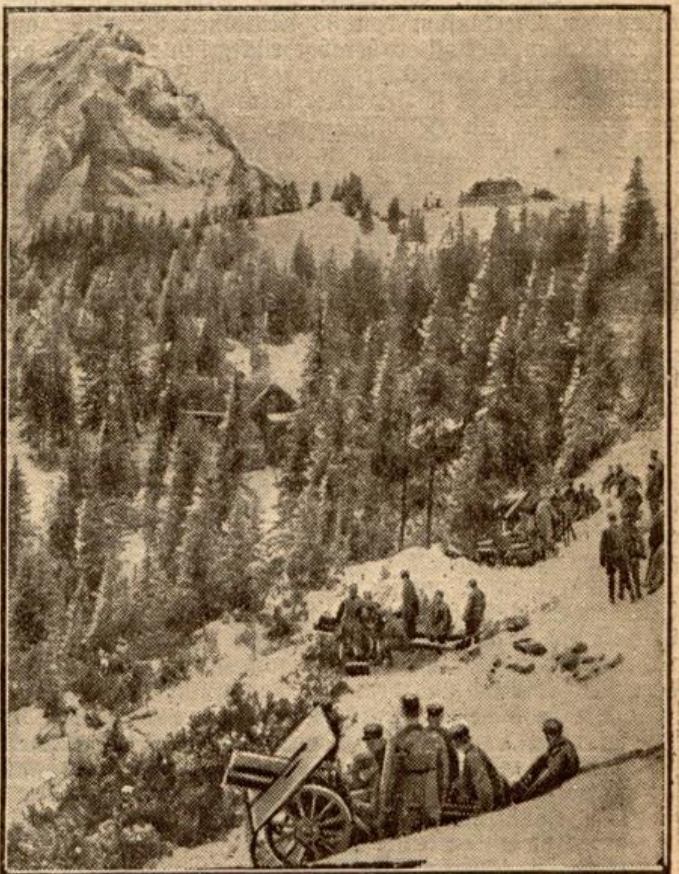
Das umkämpfte Gefrierfleisch.

Der Haushaltsausschuß gegen den Reichsrat.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages hat den Einspruch des Reichsrates gegen die Gefrierfleischzufuhr abgelehnt. Für die Ablehnung des Einspruches traten Sozialdemokraten und Kommunisten ein, die infolge des Fernbleibens der Nationalsozialisten und des Fehlens einiger Vertreter der bürgerlichen Parteien die Mehrheit hatten.

Im Reichstag selbst muß diese Ablehnung des Reichsratsbeschlusses allerdings mit Zweidrittelmehrheit erfolgen, wenn das vom Reichstag beschlossene Gesetz aufrechterhalten werden soll.

gemeinen Charakter haben und die von den Regierungen unmittelbar gelöst werden können: Die Reparationen und die Abrüstung.



Winterschießen bayerischer Gebirgsartillerie. Das alljährliche Winterschießen der bayerischen Gebirgsartillerie wurde in diesem Jahre am Kreuz bei Gar-misch-Partenkirchen abgehalten.

Wieviel Vollstreckungsbeamte gibt es in Deutschland?

Auf einer politischen Führertagung ist kürzlich mitgeteilt worden, daß es in Deutschland bei 100 000 Soldaten 117 000 Gerichtsvollzieher gebe; in dieser Zahl sollten auch alle anderen Beamten mit einbegriffen sein, die irgendwie mit der Eintreibung von Steuern und Zöllen zu tun haben. In der Öffentlichkeit hat diese Mitteilung einiges Aufsehen erregt. Bei näherer Betrachtung ergibt sich, daß die Zahl offensichtlich zu hoch gegriffen ist. Es ist schon von amtlicher preussischer Seite mitgeteilt worden, daß es in Preußen im Jahre 1931 insgesamt nur rund 2150 planmäßige und außerplanmäßige Gerichtsvollzieher und knapp 300 Gerichtskassenvollzieher gab. Für die übrigen Länder sind diese Zahlen zweifellos noch wesentlich niedriger. Es ist ferner natürlich auch nicht angängig, sämtliche Finanzbeamte des Reiches, die ja zum überwiegenden Teile mit der Eintreibung an sich nichts zu tun haben, in die Zahl einzubeziehen. Es gibt im Reich rund 70 000 Finanzbeamte, von denen etwa 40 000 Steuer- und gegen 30 000 Zollbeamte sind, die sicher nur zu einem geringen Teile als reine Vollstreckungsbeamte bezeichnet werden können. Dem Verband der Kommunalbeamten Preußens, in dem die meisten preussischen Gemeindebeamten — 103 000 — organisiert sind, gehören nach neuesten Feststellungen rund 2900 Vollstreckungsbeamte an. Rechnet man demnach für Preußen mit 3500 Gemeindevollstreckungsbeamten und für die übrigen deutschen Länder zusammen mit 2500, so kommt man allenfalls auf eine Zahl von 6000 kommunalen Vollstreckungsbeamten im ganzen Reich. Alles in allem dürfte es insgesamt nur etwa 20 000 Beamte geben, die in irgendeiner Form direkt mit der Eintreibung von Steuern, Zöllen usw. beauftragt sind.

Gezählt wurden am 30. 1. 1932:		
Hauptunterstützungsempfänger	3436	(3389)
in der Arbeitslosenversicherung	3162	(3078)
in der Krisenfürsorge	28	(68)
Hilfsarbeiter	4447	(4328)
Arbeitsuchende ohne Unterstützung		
einschl. Wohlfahrtsempfänger	11073	(10863)

Diese verteilen sich wie folgt:	Hauptunterstützungsempf.	Arbeitsl.-Krisen-Unterstütz.	Arbeitsuchende ohne Unterst.	einschl. der Wohlfahrts-G.	Zus.
	m.	w.	m.	w.	
Stadt Lüdenscheld	757	201	737	49	1387
Amt Lüdenscheld	271	27	253	14	436
einschl. Gemeinde Sülsfeld					1001
Amt Halber	224	48	253	3	227
Amt Nierspe	162	30	125	3	194
Amt Meinerzhagen	139	11	87	—	177
Stadt Altna	467	49	625	11	563
Amt Werdohl	298	47	411	4	561
Amt Neuenrade	36	16	100	—	148
Stadt Plettenberg	226	25	190	2	374
Amt Plettenberg	285	13	205	—	257
Amt Herscheid	100	4	89	1	151
zusammen:	2965	471	3075	87	4475
					11073

* **Herunter mit den Fernspreckgebühren!** Der Reichsverband der Fernsprecknehmer Deutschlands e. V. wendet sich jetzt mit einer Eingabe an die Reichsregierung, in der eine möglichst baldige Herabsetzung der Grundgebühren im Fernspreckverkehr um 50 Prozent oder aber Anrechnung dieser Gebühren auf die Gesprächskosten, ferner Rabatte für Häufigsprecher, Ermäßigung der Gebühren für Ferngespräche in den Kolonien und die Möglichkeit einer vorübergehenden Abmeldung eines Anschlusses bis zu sechs Monaten (ohne Gebührenberechnung für diese Zeit) gefordert werden. Unterzeichnet ist die Eingabe von ca. 160 Verbänden mit ca. einer Million Mitgliedern. Sie wird begründet mit dem Hinweis, daß bei der täglich zunehmenden Geldknappheit die unverändert hohen Fernspreckgebühren inmitten der allgemeinen Preisabbaution auf die Dauer völlig unhaltbar seien.

Halber

—) Eine öffentliche Volksversammlung veranstaltet heute abend 8 Uhr im Saale Wille zu Ehringhausen die N. S. D. A. P., Ortsgruppe Halber, Pg. Berg-Hagen spricht über das Thema „1932, das Jahr der Entscheidung“.

Brügge

—: Diebstahl. Der Zahntechniker J. M., der sich auf kurze Zeit aus seiner Wohnung entfernt hatte, mußte bei seiner Rückkehr die unangenehme Wahrnehmung machen, daß ihm in seiner Abwesenheit aus dem Wartenraum sein Mantel entwendet worden war.

Hagen. Vom Zuge überfahren. Ein fürchterlicher Unglücksfall ereignete sich gestern morgen gegen 7 Uhr auf dem Eisenbahnlande in Geseh. Der Kottenarbeiter Jakob Ettinger, der sich auf dem Dienstwege befand, wurde von einem Zuge überfahren. Der Kopf wurde ihm vom Rumpfe getrennt und der Körper fürchterlich zerstückelt. Wie das Unglück zustande gekommen ist, konnte bis jetzt noch nicht festgestellt werden.

Grüne. Gründungsversammlung einer ev. Kirchengemeinde und eines Pfarrbezirks Grüne. Am Dienstag tagte unter Leitung des Pfarrers Lic. van Randenborgh im Lokale Klemp eine Versammlung von fast 300 Bewohnern des Grünetales und der Nachbarorte Böfje und Dröschede, zwecks Bildung einer evangelischen Kirchengemeinde und eines Pfarrbezirks Grüne. Es wurde bekanntgegeben, daß die Regierung die von den genannten Gemeinden erstrebte Zusammenlegung genehmigt habe. Das Schlusswort sprach der neue Pfarrer der Kirchengemeinde Grüne, Gerike. Er forderte die Versammlung zu einer besonderen Tat auf, indem er um sofortige Bildung eines Fonds für den künftigen Kirchenbau bat. Bereitwillig wurde dieser Bitte Folge geleistet, indem die Versammlungsteilnehmer ihre Spenden opfereten, trotz der Not der Zeit.

Vogelst. Ein „Tänfling“ aus Tabak. Hinter einen originellen Schmuggeltrick kamen Zollbeamte des hiesigen Bezirks. Am helllichten Tage kam eine Gesellschaft in vollem Staat über die Landstraße marschiert. Die Männer trugen Zylinder und eine Frau hatte einen Tänfling auf dem Arm. Ein Beamter, der sich den Tänfling in seiner Kinderliebe etwas näher ansah, entdeckte, daß er nicht aus Fleisch und Blut, sondern aus vollfüllten Zigarettenpackungen bestand. Nun war es mit der Taufe und der Freude aus, denn die mehrere tausend Zigaretten verfielen der Beschlagnahme.

Köln. Auch Wasser wird gestohlen. Kölner Wasserwerk seit Jahren geschädigt. Eine Firma in dem Kölner Vorort Poll hat die Rheinische Energie A.-G., Köln, eine Vertragspartnerin der Stadt Köln, um eine große Summe geschädigt. Die Firma, eine Kesselfabrik, hat seit etwa zwei Jahren auf unerlaubte Weise beträchtliche Wassermengen gestohlen. Dies war dadurch möglich, daß ein Meister und mehrere Arbeiter der Kesselfabrik von einem Nebenrohr der Hauptleitung der Rheinischen Energie A.-G. die Plombe entfernten und nach Entnahme von jeweils 100 Kubikmeter Wasser diese wieder anlegten. Die Höhe des Schadens sowie die unberechtigt entnommene Wassermenge können erst durch die behördlich eingeleitete Untersuchung festgestellt werden. Es ist Verfahren wegen Diebstahls eingeleitet worden.

Clausthal-Zellerfeld. 1½ Jahre Zuchthaus für einen Schwindler. Vor dem Schöffengericht Osterode fand jetzt eine Verhandlung gegen den hiesigen Kaufmann Diener wegen wiederholten Betruges statt. Der Angeklagte hat u. a. in Bad Grund, Altenau und Buntentbach, besonders aber in Clausthal-Zellerfeld sein Unwesen getrieben. Schwindeleien in größerem Umfange konnten ihm nachgewiesen werden. Das Gericht erkannte auf 1½ Jahre Zuchthaus.

Gandersheim. Der Kreditbank-Prozess in Holzminde. In dem Prozess des Gläubigerausschusses und des Konkursverwalters der Kreditbank zu Gandersheim im Konkurs gegen die früheren Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates hatte die Güterverwaltung vollen Erfolg. Die Vorstandes- und Aufsichtsratsmitglieder haben 25 000 RM. als Entschädigung gezahlt. Auf die Rückerstattung der zum größten Teil eingelösten Wechselschuld und auf die Sparguthaben von 40 000 RM. wurde Verzicht geleistet.

Die Preispolitik des R. G. W. „Mark“.

Eine Erwiderung auf die Ausführungen der Verwaltung in der Presse-Konferenz am 3. Februar 1932.

Vom Verband von Fabrikanten-Vereinen im Reg.-Bezirk Arnberg und in den Bez. St. Herlohn, wird u. a. geschrieben:

Die Notverordnung vom 8. 12. 1931 bezweckte den gewaltsamen Abbau des gesamten bisherigen Preisniveaus um mindestens 10 Prozent. Zur Erreichung dieses Zieles hat sich die Reichsregierung über manche privatwirtschaftliche und rechtliche Bedenken hinweggesetzt. Alle Teile des deutschen Volkes haben Opfer zum Teil außerordentlich schwere Opfer bringen müssen. Nur die kommunalen und die kommunal orientierten Unternehmungen glauben eine Ausnahmestellung für sich in Anspruch nehmen und die Absicht der Reichsregierung sabotieren zu dürfen. Dagegen wendet sich die Industrie mit allem Nachdruck. Wer gibt der „Mark“ das Recht, für sich eine Ausnahmestellung in der Preispolitik zu beanspruchen, wo dieses Werk im Gegenzug zu dem um seine nackte Existenz ringenden Gewerbetreibenden und industriellen Unternehmer von dem außerordentlich heftigen Konkurrenzkampf völlig verschont bleibt? Kundenwerbung, Salutschwierigkeiten und Einkaufssorgen kennt „Mark“ doch überhaupt nicht. Gegen Schwierigkeiten wegen des Eingangs der Gelder schützen vertragliche Bestimmungen. Darum soll „Mark“ sich nicht mit dem brüsten, was es früher getan hat, oder was die anderen tun, sondern es soll sich der verzweifeltsten Notlage seiner Abnehmer anpassen, die drei Viertel der Stromerzeugung verbraucht.

Die Ausführungen des Generaldirektors Dr. Jodisch sind nicht geeignet, diesen Standpunkt zu erschüttern. Die Anwendung der Kautelklausel beruht auf vertraglicher Verpflichtung und bedeutet kein besonderes Entgegen-

Bad Deynhagen. Betriebseinschränkungen beim Eisenwerk Weserhütte. Wie wir hören, hat die Verwaltung der Eisenwerk Weserhütte AG. in Bad Deynhagen einen vorläufigen Antrag auf Betriebseinschränkungen gestellt. Diese Maßnahme hängt mit Finanzierungsschwierigkeiten im Auslandsgeschäft zusammen, über die bereits in der letzten Generalversammlung berichtet wurde. Das Ausmaß, indem eine Einschränkung praktisch zur Durchführung kommen wird, läßt sich erst übersehen, wenn die gegenwärtig noch schwebenden Finanzierungsverhandlungen zu einem Ergebnis gekommen sein werden.

Celle. Im Straßengraben gestorben. In einem Schuppen auf der Landstraße bei Altenjalkoth fand ein Landjäger einen betrunkenen Mann im Alter von etwa 50 Jahren. Einwohner hatten den Mann schon vor mehreren Tagen dort gesehen, jedoch nichts ihm zu helfen unternommen, um sich Mühe zu ersparen. Der Beamte fand neben dem Sterbenden zwei leere Brennspritflaschen, aus denen sich dieser noch vor seinem Tode einen Rausch angeeignet hatte. Auf dem Transport hierher ist der Mann gestorben. Aus den Papieren geht hervor, daß es sich um einen jahrelang arbeitslosen Fischer handelt, der auf seiner Wanderung alle Gegenden Deutschlands besucht hat. — Tödlicher Verkehrsunfall. Der Arbeitslose Louis Tamm aus Hohelichte fuhr Donnerstag abend in angetrunkenem Zustande auf seinem Fahrrad nach Celle. In Westercelle fiel er auf der Straße um und wurde von einem entgegenkommenden Langholzfuhrwerk überfahren und auf der Stelle getötet.

Behta. Nicht 1' 0000, sondern 10 000 RM. Zu dem Prozess des durch einen Hund zu Schaden gekommenen Verletzten, von dem wir berichteten, erfahren wir, daß zwar durch Urteil des Reichsgerichts vom 21. Dezember 1931 entschieden ist, doch beträgt die Summe nicht 100 000 RM., sondern es handelt sich um eine jährliche Rente von 2000 RM. seit dem Unglückstag. Es ergibt sich somit eine Summe von 10 000 RM. Der Verletzte hat aber bereits hohe Unkosten gehabt, die diesen Betrag weit übersteigen. Ueber den seitens des Verletzten weiter geltend gemachten Schadenersatz geht der Prozess noch weiter.

Wilhelmshaven. Die erste Fahr des Fischereischuhbootes „Weiser“. Das Fischereischuhboot „Weiser“, das jetzt seine Probefahrten beendet hat, wird Ende Februar Wilhelmshaven verlassen, um die erste Fischereischuhfahrt anzutreten. Die Reise wird sechs Wochen dauern und das neue Schiff in die isländischen Gewässer führen.

Wyl a. Jöhr. Das größte Bauernhaus auf der Insel eingestürzt. Das große Bauerngewese der Witwe des weitbekannten früheren Hengstzüchters Adels Arjsten in Midlum auf Jöhr brannte nachts nieder. Die Familie des jungen Arnelius Arjsten, der die Bewirtschaftung des Hofes betreibt, konnte sich nur eben vor den Flammen retten. Der Viehbestand wurde bis auf zwei Kühe ins Freie gebracht. Ebenso die Zuchtstange und die Arbeitspferde. Einige Tiere sind jedoch verletzt. Das Gebäude erstreckt sich über etwa 100 Meter Länge und ist das größte Bauernhaus der Insel Jöhr. Es ist mit etwa 120 000 Mark versichert. Die Entstehungsurache hängt wahrscheinlich mit dem Dreschen mittels Trecker zusammen. Die Untersuchung darüber ist noch nicht abgeschlossen.

400 000 Mark an der holländischen Grenze beschlagnahmt. Im Zollamt in Venheim wurde auf Veranlassung des Berliner Finanzamtes eine polnische Staatsangehörige, die 400 000 Mark in Banknoten bei sich trug, verhaftet. Wie verlautet, stammt das Geld aus unerlaubten Juwelenverkäufen, die der Polin nahegelegene Personen in Deutschland gemacht haben. Das Geld sollte nach Holland in Sicherheit gebracht werden. Ein Begleiter der Dame, der Zeuge ihrer Festnahme war, flüchtete.

Ein Berliner Gastwirt ermordet. Der Besitzer eines bekannten Berliner Ausflugslokals bei Berlin-Schmöwitz wurde auf dem Wege von seinem Lokal nach Schmöwitz, wo er an einer Vereinsfeier der Gastwirte teilnehmen wollte, von einem unbekannten Täter im Walde erschossen.

Dreifacher Mord in Dels. In Dels hat nach einem Jahr mit seiner Familie ein 23jähriger Reisevertreter seine Schwiegereltern und seine 18jährige Frau erschossen und dann Selbstmord verübt. Die Eltern der Frau hatten ihm die Wohnung gekündigt, und er sollte ermittelt werden.

Ein Lastauto mit Apfelsinen verschollen. Ein Waldburger Lastauto ist seit einer Woche mit zwei Fahrern spurlos verschwunden. Der Lastzug hatte am 31. Januar in Ribbed bei Rauen 300 Zentner Apfelsinen zum Transport nach Oberschlesien geladen und ist seitdem verschwunden.

kommen. Der Not-Rabatt für Abnehmer mit vermindertem Stromverbrauch infolge schlechter Wirtschaftslage besteht seit dem 1. Jan. 1931 und kann deshalb nicht auf das Konto: „Auswirkung der Notverordnung“ gesetzt werden. Der Hinweis darauf, daß von 826 Abnehmern 545, also 70 Prozent, den besonderen Notverordnungs-Rabatt von 5 Prozent erhalten, erscheint in einem ganz anderen Lichte, wenn man nicht die Zahl der Abnehmer, sondern die Zahl der RM.-Stunden in Betracht zieht, auf die eine Ermäßigung zur Anwendung kommt. Es handelt sich bei diesen Abnehmern nämlich nur um die „kleinsten und kleinsten“, wie „Mark“ selbst in seinen Erläuterungen vom 8. Januar 1932 ausführt.

Irreführend ist auch die Angabe, die Abnehmerkraft sei durch Rundschreiben veranlaßt, einen Abbau von 10 Prozent als „gesetzlich vorgeschrieben“ zu fordern. Kein Gerücht, als der Oberbürgermeister von Düsseldorf hat in seiner Verteidigungsrede über den Ankauf des RWG Aktienpaketes darauf hingewiesen, daß die großen Elwerke „riesige Monopolbetriebe“ seien, denen gegenüber der Abnehmer „eine machtlose Rolle“ spiele. Die Preise solcher Monopolbetriebe sind wirtschaftlich betrachtet ebenso als „gebundene Preise“ im Sinne der Notverordnung anzusehen, wie diejenigen der Kartelle und Syndikate. Wenn die Notverordnung für diese Wirtschaftsgruppen einen Preisabbau von 10 Prozent vorschlägt, ist nicht einzusehen, warum die Preise der Monopol-Elwerke anders behandelt werden sollen, wenngleich eine rechtliche Verpflichtung dazu nicht besteht.

In den Kampf um die Direktoren-Gehälter wollen wir uns nicht einmischen, möchten aber doch darauf hinweisen, daß der gesamte Verwaltungsapparat der „Mark“ längst nicht mehr zeitgemäß ist und beschleunigt einem durchgreifenden Abbau unterzogen werden muß.

Goldmacherei vor Gericht. Vor einem parner Verurteilte der Pole Dunowski, der sich für Versuche zur Herstellung von Gold aus einem quarzartigen Pulver große Geldsummen „besorgt“ hatte, seine Goldmachereiversuche vor. Sie wirken aber ebenso wenig überzeugend wie seinerzeit die Versuche des deutschen „Goldmachers“ Tausend, und sollen wiederholt werden.

Autounfall Dr. Adenauers und Dr. Silberbergs. Das Dienstauto des Oberbürgermeisters von Köln, Dr. Adenauer wurde auf der Rückfahrt von der Sitzung des Provinzialausschusses in Düsseldorf von einem anderen Wagen angefahren. Bei dem starken Zusammenstoß erlitt der Generaldirektor Dr. Silberberg, der im Wagen des Bürgermeisters saß, am Kopf Verletzungen und eine stark blutende Fleischwunde. Der Oberbürgermeister und sein Chauffeur blieben unverletzt.

Neue Zusammenstöße an der Berliner Universität. Der Senat der Berliner Universität hat wegen der Studentenunruhen, die vor einiger Zeit stattfanden, zwei nationalsozialistische und zwei sozialdemokratische Studenten von der Universität entfernt und dem Führer des Nationalsozialistischen Studentenbundes die Entfernung angedroht. Als dieses Urteil bekannt wurde, kam es an der Universität zu neuen Zusammenstößen. Ein polizeiliches Überfallkommando mußte die Universität mittels des Gummiknüppels räumen. Dabei wurden zehn Studenten zwangsgestellt. Die Universität wurde wieder geschlossen.

Betrugsanfrage gegen einen Berliner Anwalt. Gegen einen der sechs Verteidiger im Hellsdorf-Prozess, den aus zahlreichen Nationalsozialistenprozeßen bekannten Rechtsanwalt Dr. Walter Triebel, hat die Staatsanwaltschaft beim Landgericht I in Berlin Anfrage wegen Betruges erhoben. Zusammen mit Dr. Triebel ist der Generaldirektor Adolf Wüst gleichfalls wegen Betruges angeklagt. Durch den Betrug soll eine Hamburger Importfirma bei einem Skandinaviengeschäft um 150 000 Mark geschädigt worden sein.

Tausend Liter Benzin in Flammen. Auf dem Grundstück des Gastwirts Kuhl in Demmin explodierte durch die Fahrlässigkeit des Lagerverwalters ein Lager von etwa 1000 Litern Benzin. Der Lagerverwalter hatte bei der Abfertigung der aus dem Benzinlager tankenden Kraftwagen eine Stallaterne benutzt, mit der er einem Benzinfaß zu nahe kam. Der Lagerverwalter stand nach der Explosion in hellen Flammen. Es gelang ihm noch, das Freie zu gewinnen, wo er besinnungslos zusammenbrach. Mit schweren Brandwunden wurde er ins Krankenhaus gebracht, wo er hoffnungslos darniederliegt. Durch die Explosion war auch ein Stallgebäude in Brand geraten. Das Gebäude brannte bis auf die Grundmauern nieder. Zwei Kühe, drei Schweine und vier Pferde kamen in den Flammen um.

Täglich 20 Millionen Briefmarken.

Täglich werden in Deutschland etwa 20 Millionen Briefmarken verbraucht. Soviel sind es nämlich, die an jedem Abend von der Reichsdruckerei in Berlin abgeliefert werden müssen. Ihre Herstellung geschieht in der Abteilung für Wertdrucke. Papierrollen von einem Meter Breite werden zuerst gummiert, für die Druckmaschine zugeschnitten und dann auf die Runddruckmaschine geleitet, wo die Bedruckung erfolgt. Zugleich werden die Markenbogen durchlocht und in kleinere Bogen zu je 100 Marken geschnitten. Obwohl die respectable Menge von 20 Millionen täglich herzustellen ist, stellt die Briefmarkendruckerei nur einen verhältnismäßig kleinen Teil des Gesamtbetriebes dar. Banknoten, Postfischchen, kurz alle Drucksachen des Reiches, werden nur in der Reichsdruckerei gedruckt. Dazu dienen 479 Pressen, 48 Seismaschinen, 4000 Tonnen Papier und 900 Tonnen Schriftgut. 4000 Arbeiter und Arbeiterinnen stellen damit Drucksachen und Wertzeichen in 2500 verschiedenen Sorten her. 50 verschiedene Schriftfamilien, jede in sieben bis zu zehn verschiedenen Größen, stehen zur Verfügung.

Landrat Dr. v. Alving gemäßigter?

Nach einer Freitag erschienenen Bekanntmachung ist der Nienburger Landrat Dr. v. Alving durch Beschluß des preussischen Staatsministeriums mit sofortiger Wirkung zwangsweise in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden. Ueber die Gründe dieser Maßnahme ist hier nichts bekannt und auch bei der Regierung in Hannover nichts zu erfahren. Auf jeden Fall wird die Nachricht, daß Landrat von Alving seinen hiesigen seit 1919 verwalteten Posten verlassen soll, in weitesten Schichten unseres Landesvolkes und der Einwohnerschaft der Stadt mit lebhaftem

Bedauern empfunden werden, hat er doch die Geschichte des Kreises in der beispiellos schweren Zeit nach dem Kriege, während der Inflation und in den nicht minder schwierigen letzten Jahren in jeder Beziehung zum Wohle der Kreisbewohner zu leiten verstanden. Ueber die Amtsnachfolge ist nichts bekannt.

In der einstweiligen Verletzung des Landrats v. Kisting in Nienburg (Weser) in den Ruhestand, die ohne Angabe von Gründen erfolgt ist, wird uns aus Berlin berichtet: Auch im preussischen Innenministerium war über die Gründe keine Auskunft zu bekommen. Bei politischen Beamten hat das Ministerium allerdings das Recht, die Enthebung vom Dienst ohne Angabe von Gründen auszusprechen.

Zuchthaus für Kallendorf.

Das Urteil im Mindener Kreisföhrer-Prozess. Im Mindener Kreisföhrer-Prozess wurde am Freitagabend, dem zehnten Verhandlungstage, folgendes Urteil gefällt: Es werden verurteilt:

Verwaltungsobersekretär Kallendorf wegen schweren Amtsverbrechens, Amtsunterschlagung, Urkundenfälschung, Urkundenunterdrückung, Betruges und versuchter Notzucht zu zwei Jahren, zwei Monaten Zuchthaus, fünf Jahren Ehrverlust und Aberkennung der Befähigung zur Bekleidung eines öffentlichen Amtes für die gleiche Zeitdauer;

Verwaltungsekretär Schweikhardt wegen Betruges zu vier Monaten Gefängnis und drei Jahren Aberkennung der Befähigung zur Bekleidung eines öffentlichen Amtes;

Diekmeyer wegen Betruges zu sechs Wochen Gefängnis;

Röthemer wegen Beihilfe des Betruges zu drei Wochen Gefängnis;

Ein Hundertjähriger im Kreise Neuhaus-Oste.

11 Kinder, 13 Enkel, 5 Urenkel.

Der Landwirt Klaus Steffens in Lamstedt begeht dieser Tage seinen hundertsten Geburtstag. Der alte Herr erfreut sich noch seltener körperlicher Rüstigkeit und ist geistig sehr rege. Er macht bei gutem Wetter täglich kleine Spaziergänge und liest mit Interesse die Zeitung.

Klaus Steffens wurde am 8. Februar 1832 in Lamstedt geboren. Er war zweimal verheiratet. Aus den beiden Ehen entsprossen elf Kinder, von denen drei in Amerika und fünf in Deutschland leben. Drei sind inzwischen gestorben. Der älteste Sohn ist jetzt 63 Jahre alt. Außerdem leben noch 13 Enkel und fünf Urenkel. Steffens hat den Hof, auf dem er heute noch lebt und der jetzt von einem seiner Schwiegersöhne bewirtschaftet wird, von seinen Großeltern übernommen. Die Gebäude brannten bei dem großen Brande von Lamstedt im Jahre 1865 mit nieder. Steffens baute sie aber auf der gegenüberliegenden Seite der Straße wieder auf.

Großfeuer im Kreise Marienburg.

Die Groß-Rhüden Mühle abgebrannt.

Die am Ausgang des Dorfes Groß-Rhüden im Nettetal gelegene Grimpesche Mühle ist durch Feuer vollständig vernichtet worden. Als der Brand bemerkt wurde, stand das Gebäude bereits in hellen Flammen, so daß die beiden Motorsprigen aus Groß- und Klein-Rhüden bei dem brennenden Gebäude keine Hilfe leisten konnten und sich nur auf den Schutz der benachbarten Scheune beschränken mußten. Die Mühle hatte erst kurz nach dem Kriege eine neue moderne Turbinenanlage erhalten. Das Gebäude ist vollständig ausgebrannt. Ueber die Entstehungsursache des Brandes ist noch nichts bekannt.

Seinen Sohn und sich selbst erschossen.

Der Landwirt Alfred Lorenz, der in Woltersdorf bei Lüchow eine Hühnerfarm unterhielt, hat seinen sechsjährigen Sohn und sich selbst erschossen. Seinen 13jährigen Sohn hatte er vorher zu einem befreundeten Geflügelzüchter geschickt, dem er in einem Brief mitteilte, daß er mit seinem jüngsten Sohn aus dem Leben scheiden wolle. Vor einem Jahr hatte sich Frau Lorenz in einem Anfall von Schwermut erschossen. Dies, sowie die wirtschaftliche Lage, in der sich Lorenz befand, mögen der Grund zu der Tat sein. Außerdem war Lorenz vor 1½ Jahren, als sein Anwesen abgebrannt war, wegen Brandstiftung zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden. In dieser Angelegenheit sollte demnächst eine Berufsungsverhandlung stattfinden.

Insol Reunion vom Wirbelwind verwüstet

Aus Kapstadt wird gemeldet: Die Insel Reunion im Osten Madagaskars ist von einem schweren Wirbelsturm vollständig verwüstet worden. Der Verlust an Menschenleben soll gering sein.

Schlußdienst.

Vermischte Nachrichten vom 5. Februar.

Reichswehrministerium hebt Aufnahmeverbot für Nationalsozialisten auf.

Berlin. Das Reichswehrministerium hat mit Verfügung vom 29. Januar die Vorschrift aufgehoben, die die Einstellung von Nationalsozialisten in die Reichswehr verbot. Eine grundsätzliche Ablehnung nationalsozialistischer Bewerber findet künftig nicht mehr statt.

Hausdurchsuchungen bei Nationalsozialisten in Baden.

Karlsruhe. Wie der Führer meldet, wurden in ganz Baden Hausdurchsuchungen bei Dienststellen der NSDAP und einzelnen Parteimitgliedern vorgenommen, die dem Blatt zufolge, alle ergebnislos verlaufen sind. Der Führer bringt Einzelheiten über solche Hausdurchsuchungen in Mittel- und Oberbaden und bemerkt dazu, daß sämtliches beschlagnahmte Material ganz harmloser Natur sei.

Hindenburg beim Internationalen Reit- und Fahrturnier.

Berlin. Am Freitag nachmittag 16 Uhr stattete Reichspräsident von Hindenburg dem Internationalen Berliner Reitturnier seinen Besuch ab. Die Menge begrüßte den Generalfeldmarschall durch Erheben von den Plätzen. Der Reichspräsident empfing in seiner Loge auch die Offiziere der fremden Nationen und blieb bis zum Schluß der Veranstaltung, ebenso die anderen Ehrengäste, Minister Steiger, Generalleutnant Schleicher, General von Hammerstein, General Gasse und General Gienanth.

Vor einer Milderung der Pressenotverordnung.

Berlin. Im Reichsinnenministerium wird zurzeit erwogen, die Pressenotverordnung durch Vereinfachung der für ihre Handhabung maßgebenden Richtlinien zu mildern. Es ist in Aussicht genommen, einen Ausschuss aus Vertretern der Verleger- und Schriftleiterorganisationen zu bilden, der den Reichsinnenminister in grundsätzlicher Hinsicht beraten soll.

Der Flugzeugschuppen von U-Boot „M. 2“ war offen.

London. Über der Unfallstelle des U-Bootes „M. 2“ wurde ein Trauergottesdienst abgehalten. Taucher haben festgestellt, daß die Tür des Flugzeugschuppens und das Turmloch bei „M. 2“ offen sind.

Geldspende des Papstes für Kuba.

Rom. Auf die Nachricht von dem schweren Erdbeben in Kuba hat der Papst dem zuständigen Erzbischof ein Beileids-telegramm und eine Geldspende für die Betroffenen geschickt.

Börse und Handel

Amstliche Berliner Notierungen vom 5. Februar.

* Devisenbörse. Dollar 4,20-4,21; engl. Pfund 14,52 bis 14,56; holl. Gulden 169,55-169,89; Danz. 82,02-82,18; franz. Franc 16,56-16,60; schweiz. 82,09-82,25; Belg. 58,67-58,79; Italien 21,84-21,88; schwed. Krone 81,52-81,68; dän. 80,12 bis 80,28; norweg. 79,02-79,18; ischek. 12,46-12,48; österr. Schilling 49,95-50,05; Argentinien 1,043-1,047; Spanien 33,07 bis 33,13.

Familien-Nachrichten.

Geboren:

1 Tochter, Erwin Lohmann und Paula geb. Stecher, Burg.
1 Tochter, Gustav Adolf Schmermbach und Frau, Wörl.

Verstorbene:

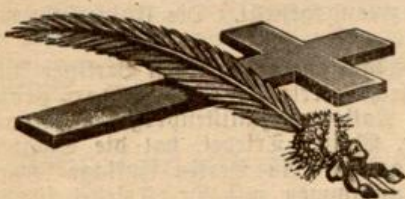
Arthur Mogk und Luise Mogk geb. Steller, Gummersbach und Halber. — Wilhelm Schröder und Helene Lausberg, Carthausen und Edelskirchen. — Friedrich Wilhelm Wiemann in Wahren und Ottilie Ida Solmede in Solmede. Fritz Wilhelm Gehat zu Dählerbrück und Helene Weininger zu Dählerbrück. — Walter Bedder und Marie Gehrmann, geb. Klostermann, Kreisch.

Gestorben:

Karl Giersteker, Giersteker b. Halber, 82 J. alt. Ww. Heinrich Wagner, Mathilde geb. Linde, M.-Schmidthausen, 69 J. alt. — Johannes Kurz, Lüdenscheld, 63 J. alt. — Fritz Piepenstodt zu Clagebach, 21 J. alt. — Frau Carl Dörsheln, Emma geb. Groll zu Königsahl, 71 J. alt. Frau Robert Jenburg, Ida geb. Schneider, Halber, 68 J.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halber i. Westf.

Statt besonderer Anzeige.



Ein treues Mutterherz
Hat aufgehört zu schlagen.

Gestern Abend 7,45 Uhr entschlief sanft nach langem, schweren Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Ehefrau Rob. Isenburg

Ida geb. Schneider

im Alter von 68 Jahren.

Um stille Teilnahme bitten:

Die trauernden Hinterbliebenen.

Halver, den 6. Februar 1932.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 9. Februar, nachmittags 3 Uhr vom Sterbehause, Berlinerstraße 39, aus statt.

Beileidsbesuche und Kranzspenden waren nicht im Sinne der Entschlafenen.



Wer treu gewirkt, bis ihm die Kraft gebricht,
Wer liebend stirbt, ja den vergißt man nicht.

Nach Gottes unerforschlichem Ratschluß entschlief heute morgen 2 Uhr nach kurzem Leiden jedoch plötzlich und unerwartet, meine liebe unvergeßliche Gattin, unsere herzensgute nie ermüdende Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwägerin und Tante

Frau Carl Dörscheln

Emma geb. Groll

im 72. Lebensjahre.

Um stille Teilnahme bitten:

Die trauernden Hinterbliebenen.

Rönsahl, Kierspe, Grünenweg, Meinerzhagen, Wipperfurth, Vollmerhausen u. Trempershof, den 4. Februar 1932.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 7. Februar um 4 Uhr vom Sterbehause aus statt.

Tanz-Schule!



Ab Montag, den 15. Februar 1932, unterrichte ich in Halver „im Saale Haus zur Fuhr“, in modernen Tänzen.

Unterrichtspreis RM. 15.- Übungsstunden Montag, Donnerstag von 8-10,30 Uhr abends. Gute Ausbildung zusichernd, bittet um rege Beteiligung.

Hochachtung:

Fr. Kattwinkel,

Mitglied des westdeutschen Tanzlehrer-Verbandes.

Frühere Schüler freundlichst eingeladen.

Füllfederhalter

u. Schreibartikel

sind vorrätig in der

Buchhandlung

Wilh. Bell jr.,

Halver i. W.

Mütterberatungsstunde

findet statt am Dienstag, d. 9. ds. Mts., nach 4 Uhr in der Gastwirtschaft Heedfeld, Schalksmühle, Halverstr.

Halver, d. 6. Febr. 1932.

Der Bürgermeister.

Ordnentliches

von Auswärts

sucht Stellung

in ruhigem Privat-Haushalt.

Angebote unter 5 255

an d. Allg. Anz. Halver.

Redegewandter

Vertreter (innen)

(Arbeitslose) z. Besuch

von Viehhaltern gesucht.

Provision wird sofort

ausgezahlt. Offerte,

Düsseldorf, Postfach 586.

F. W. Kierspe

c. W. 1879.

Sonntag, d. 7. Febr., nachm. 2 Uhr beginnend auf dem Sportplatz Kierspe

Freundschaftsspiel

im Handball

2 Uhr 1. Jugend Brügge —

1. Jugend Kierspe 1879,

3 Uhr 1. Männer Meinerzh.

— 1. Männer Kierspe 1879

5 Uhr

Vorstands-Sitzung

beim Turnbr. J. Bollmann

Der Turnrat.

Spielkarten

von 65 Pfg. an.

Buchhandlung

Wilh. Bell jr. Halver

Fast neuer

Parlophon

(Schrankapparat)

mit Platten

weit unt. Preis z. verkaufen.

Näheres in der Exp.

des Allg. Anz. Halver.

Gesucht

einige tausend Mk.

aus Privathand als erst-

stellige Hypothek in gut.

landw. Besitz in der Gemeinde Halver.

Schriftl. Angebot unter

D 126 an die Geschäfts-

stelle des Allg. Anzeigers

Halver erbeten.

Holz-

Metall-

Betten

Stahlmatr., Kinderb. Schlaf-

zimm., Chaiseloug. a. Priv.

Ratenz. Katalog 1934 frei.

Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

2 gebrauchte

Bettstellen

mit Matratze

sowie

Motorrad (Zündapp)

billig zu verkaufen.

Wo, zu erfragen in der

Geschäftsstelle des Allg.

Anzeigers Halver.

Taschenuhren

reinigen 2 Mk.,

neue Feder 1.50 Mk.

Wecker

reinigen 1.50 Mk.

Andere Reparaturen

ebenfalls billig bei:

Uhrmacher

Brüser, Bollwerk

Westdeutscher Rundfunk.

Montag, den 8. Februar.

6,45-7,00 Leibesübungen. Dr. Ludwig Bach.

7,00 Wettervorhersage und Zeitangabe.

7,05-8,00 Uebertragung von der Rorag, Ham-

burg; Morgenkonzert.

8,00 Wiederholung der Wettervorhersage,

Zeitangabe und Wasserstandsmeldungen.

9,45-10,00 Gymnastik für Frauen: Silke

Bremus

10,00 Erste Meldungen, Zeitangabe und

Wasserstandsmeldungen.

10,15-11,15 Mensch und Welt. Gemeinschafts-

empfang für Arbeitslose.

11,30-12,00 Schulfunk für Schüler aller Schulen

vom 12. bis 16. Lebensjahre. Hans

Martin Gärner: Westfälische Volks-

lieder.

12,00-12,35 Schallplattenkonzert.

12,35 Kunstverbum mit Schallplatten.

12,50 Wetterbericht.

12,55 Rauerer Zeitzeichen, Mittagsmeldungen

und Zeitangabe.

13,05-14,30 Mittagskonzert, Leitung: Wolf.

14,30 Schlachtviehmarktberichte.

15,30 Wirtschaftsmeldungen und Zeitangabe.

15,50-16,20 Kinderstunde. Els Vorderberger

Unsere Kinderstunde gibt ein Konzert.

16,20-17,00 Jugendlust. 1. Hermann Probst:

Aus den „Erinnerungen eines west-

fälischen Dorfjungen“ von Fr. Wilh.

Grimme, II. Wie Fastnacht gefeiert

wurde. 2. Heinz Raasch: Werklart für

die Jugend. Fastnachtsspielen. II. Die

Befeldung.

17,00-18,00 Uebertragung vom Südwestfunk

Frankfurt: Vesperkonzert. Das Orchester

des Deutschen Musikerverbandes (Er-

werbslose Berufsmusiker). Leitung:

Eugen Bobart.

18,05-18,35 Die Welt auf der Schallplatte.

Hanna Simon: Sommertage am Laboga-

See (Finnland).

18,40-19,00 Aus Frauenbüchern und Frauen-

zeitschriften. Dr. Hanna Meuter: Die

Welt der Frau (Walter Hofmann).

19,00-19,15 Wetterbericht, Zeitangabe, Wirt-

schaftsmeldungen und Sportvorbericht.

19,15-19,25 Vom Tage.

19,30-19,55 Wirtschaftspolitische Umschau. Dr.

Friedrich Schling: Die Wirtschaftslage

Rheinlands und Westfalens um die

Jahreswende.

19,55 Erste Abendmeldungen.

20,00 auch über die Sender der Mitteldeutschen

Rundfunk-A.G. und die Sender der

Rorag, Hamburg.

Rosenmontags-Konzert.

Das Orchester des Westdeutschen Rund-

funks, Leitung: Kühn. Solisten: Kläre

Hansen (Sopran), Annemarie Trojan

(Sopran), Leonardo Aramesco (Tenor),

Hans Boede (Bariton).

Intermezzo: Eine Sitzung der Dülflener

Narren-Akademie von Hans Müller-

Schölter.

22,15 Letzte Meldungen, Bericht über das ge-

stigte Leben, Sportbericht.

Anschließend bis 23,00: Nachtmusik, Leitung:

Wolf.

23,00-24,00 Meister des Raas.